S 17 RJ 5/98

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Bayern

Sozialgericht Bayerisches Landessozialgericht

Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung 20 Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 17 RJ 5/98 Datum 12.01.1999

2. Instanz

Aktenzeichen L 20 RJ 69/99 Datum 06.12.2000

3. Instanz

Datum -

- I. Die Berufung des Klägers gegen das Urteil des Sozialgerichts Nürnberg vom 12.01.1999 wird zurückgewiesen.
- II. Au̸ergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Die Beteiligten streiten um die GewĤhrung von Versichertenrente wegen BerufsunfĤhigkeit. Der am â|1964 geborene KlĤger stammt aus Bosnien-Herzogowina und hält sich seit Oktober 1988 in Deutschland auf. Er hat nach seinen Angaben im frÃ 1 4heren Jugoslawien den Beruf eines Eisenflechters erlernt (PrÃ 1 4fung 1982) und auch in Deutschland (bis Dezember 1995) in diesem Beruf gearbeitet. Seitdem ist er â|1 im Wechsel mit Zeiten krankheitsbedingter Arbeitsunfähigkeit â|1 arbeitslos gemeldet. Vom 28.08. bis 25.09.1996 hat sich der Kläger nach perforiertem Ulcus ventriculi mit postoperativen Komplikationen einer Anschlussheilbehandlung in der F â|1-klinik in Bad W â|1 unterzogen. Bei der Entlassung wurde er fÃ 1 4r fÃ 2 4r fÃ

erachtet, leichte und mittelschwere Arbeiten (ohne Heben und Tragen von Lasten über 10 kg, ohne Zeitdruck, zB Akkord- und FlieÃ□bandarbeit) in Vollschicht zu leisten. Der schweren Tätigkeit eines Eisenflechters sei er derzeit nicht gewachsen; unter Beachtung seines Leistungsbildes könne er jedoch als Montierer oder Pförtner arbeiten.

Am 28.07.1997 beantragte der KlĤger die GewĤhrung von Versichertenrente wegen Erwerbsunfähigkeit. Die Beklagte lieÃ∏ ihn durch den Internisten und Sozialmediziner Dr.S â∏! untersuchen, der im Gutachten vom 27.08.1997 folgende Diagnosen stellte: BauchwandschwÄxche nach komplizierten abdominellen Operationen; leichter Kniegelenksverschlei̸. Der Kläger könne die zuletzt ausgeübte Tätigkeit als Eisenflechter nicht mehr regelmäÃ∏ig ausüben, bei nur unwesentlich beeintrĤchtigter UmstellungsfĤhigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt aber leichte und mittelschwere Arbeiten noch ganztags verrichten. Die Beklagte lehnte den Rentenantrag mit Bescheid vom 24.09.1997 ab. Der KlĤger könne mit dem ihm verbliebenen Leistungsvermögen zwar seinen Beruf als Eisenflechter nicht mehr aus A¼ben; er sei aber zumutbar auf TAxtigkeiten als Montierer, Sortierer, einfacher PfĶrtner oder Packer verweisbar. Dagegen legte der KlĤger am 10.10.1997 Widerspruch ein, den die Beklagte nach Einholung einer Auskunft beim letzten Arbeitgeber des Klägers (Firma E â∏¦ GmbH, Betonstahl-Armierung) mit Widerspruchsbescheid vom 09.12.1997 zurļckwies. Bei vollschichtigem LeistungsvermĶgen für mittelschwere Arbeiten sei der Kläger nicht berufsunfähig. Er genieÃ∏e insbesondere keinen Berufsschutz als Facharbeiter, da er nach der genannten Arbeitgeberauskunft ungelernte TÃxtigkeiten (mit einer Anlernzeit von weniger als 3 Monaten) ausgeführt habe.

Gegen diese Entscheidung hat der KlĤger am 07.01.1998 Klage beim Sozialgericht Nürnberg (SG) erhoben. Er könne seinen Hauptberuf als Eisenflechter nicht mehr ausüben. Es handle sich dabei um einen (geschützten) Facharbeiterberuf, da seine Ausbildung eine dreijĤhrige Schulpflicht erfordert habe. Selbst bei vollschichtiger EinsatzfĤhigkeit sei ihm der Zugang zu leistungsgerechten TÄxtigkeiten des allgemeinen Arbeitsmarktes verschlossen. Das Sozialgericht hat eine weitere Auskunft der Firma E â∏ vom 12.02.1998 eingeholt, wonach der KIäger dort Armierungsarbeiten ausgeführt hat; es habe sich um eine angelernte TÄxtigkeit mit einer Anlernzeit von zwei bis drei Monaten gehandelt. Die Entlohnung sei nach Berufsgruppe IV des Tarifvertrags für das Baugewerbe (gehobener Baufacharbeiter) erfolgt. Das Berufsbild des Betonbauers schlie̸e ua die TÄxtigkeit des Eisenflechters mit ein; der Eisenflechter sei kein eigenstÄxndiger Lehrberuf. Der KlÄger hat ein Zeugnis der Bauberufsschule in Maribor vorgelegt, wonach er im Schuljahr 1980/81 die zweite Klasse (Abschlussklasse) beendet habe; er habe die Abschlussprļfung fļr den Beruf Eisenbieger im August 1982 mit der Note "ausreichend" bestanden. Das Sozialgericht hat weiter eine Auskunft des Arbeitsamtes Nürnberg, Dienststelle Fürth, sowie einen Befundbericht des Allgemeinarztes Dr.V â∏¦ vom 29.06.1998 (letzter Praxisbesuch des Klägers am 27.02.1998) eingeholt. Der vom SG zum gerichtlichen SachverstĤndigen ernannte Orthopäde Prof.Dr.Lu â∏¦ hat nach ambulanter Untersuchung des Klägers das Gutachten vom 18.11.1998 erstattet und darin die bereits bekannten Diagnosen genannt. Leichte bis mittelschwere Arbeiten kA¶nne der KlA¤ger noch ganztags

leisten.

In einem weiteren nach <u>§ 106 SGG</u> von Amts wegen eingeholten Gutachten vom 12.01.1999 führte der Internist und Sozialmediziner Dr.G â∏; zusammenfassend aus, bei den von Prof. Lu â∏¦ auf orthopädischem Gebiet festgestellten GesundheitsstĶrungen handele es sich nicht um schwerwiegende BeeintrÄxchtigungen. Der Zustand nach Durchbruch des Magengeschwļrs im Jahre 1996 habe sich zwischenzeitlich gut konsolidiert. In ̸bereinstimmung mit Prof. Lu â∏¦ sei davon auszugehen, dass der Kläger auch weiterhin leichte bis mittelschwere TÄxtigkeiten vollschichtig verrichten kĶnne. Insbesondere sei er noch als Stanzer, Bieger, Presser, Entgrater von Kunststoffpressteilen und Steckkontaktelemteanklemmer einsetzbar. Auch als Hausmeister sowie bei Prüfund KontrolltÄxtigkeiten kĶnne der KlÄxger eingesetzt werden; in seiner UmstellungsfĤhigkeit sei er nicht beeintrĤchtigt. Mit Urteil vom 12.01.1999 hat das Sozialgericht die â∏ auf Rente wegen Berufsunfähigkeit beschränkte â∏ Klage abgewiesen. Der KlĤger sei als angelernter Arbeiter zu beurteilen, denn als solcher sei er bis dahin auf dem Arbeitsmarkt der Bundesrepublik Deutschland versicherungspflichtig beschägtigt gewesen. Der vom Kläger in Slowenien erlernte Beruf des Eisenflechters sei in der Bundesrepublik kein anerkannter Ausbildungsberuf, vielmehr schlie̸e das Berufsbild des Betonbauers die Tätigkeit des Eisenflechters mit ein. Eine Gleichwertigkeitsfeststellung der in Slowenien durchlaufenen Ausbildung mit der Ausbildung eines Betonbauers in Deutschland durch die Handwerkskammer sei nicht erfolgt. Wenn ein Versicherter, wie der KlĤger, nur in Teilbereichen eines Fachberufes gearbeitet habe, sei er nicht allein deswegen als Facharbeiter anzusehen, weil er Facharbeiterlohn erhalten habe. Der KlĤger sei demnach nur als Angelernter des oberen Bereiches zu qualifizieren und könne im Rahmen des <u>§ 43 Abs 2 SGB VI</u> auf alle Tätigkeiten des allgemeinen Arbeitsmarktes verwiesen werden. Dazu gehörten die von Dr.G â∏¦ genannten TÄxtigkeiten, deren Belastungen er kĶrperlich gewachsen sei.

Gegen dieses Urteil richtet sich die am 12.02.1999 beim Bayer. Landessozialgericht eingegangene Berufung des KlÄxgers, mit der er weiterhin Rente wegen BerufsunfĤhigkeit verlangt. Er sei schon wegen seiner Vergütung nach Berufsgruppe IV des Tarifvertrags für das Baugewerbe einem Facharbeiter gleichzustellen. Dem entspreche auch seine Ausbildung, die er durch ein Abschlusszeugnis belegt habe. Der Senat hat einen weiteren Befundbericht des Allgemeinarztes Dr.V â∏¦ eingeholt, in dem dieser am 16.07.1999 mitteilte, dass der Kläger weiterhin an Schmerzen im Thoraxbereich leide; das ursprüngliche Magenleiden des KlĤgers sei nach seiner Information ausgeheilt. Auf Anfrage des Senats hat der Insolvenzverwalter der Firma E â∏! GmbH die Auskunft vom 19.08.1999 erteilt, der KlÄger habe der Berufsgruppe IV/4 angehĶrt. Bei strikter tariflicher Einstufung k\tilde{A}\tilde{x}me als zutreffende Lohngruppe f\tilde{A}\tilde{4}r den Kl\tilde{A}\tilde{x}ger die Gruppe V/2.3 (Betonstahlbieger bzw Eisenbieger, Eisenflechter) in Betracht. Als Gründe seiner übertariflichen Entlohnung seien die Betriebszugehörigkeit und die Leistungszulage anzusehen (wobei in der ersten Arbeitgeberauskunft vom 29.10.1997 an die Beklagte auch noch eine Leistungssteigerung und ein damals â∏ 1990 â∏ bestehender Arbeitskräftemangel genannt wurden).

Der Kläger hat beantragt sinngemäÃ□, das Urteil des Sozialgericht Nürnberg vom 12.01.1999 aufzuheben und die Beklagte unter Abänderung des Bescheides vom 24.09.1997 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 09.12.1997 zu verurteilen, ihm Rente wegen Berufsunfähigkeit (nach dem Antrag vom 28.07.1997) zu bewilligen.

Die Beklage beantragt, die Berufung des KlAzgers zurA¼ckzuweisen.

Die Beklagte hat abschlieà end mitgeteilt, dass fà ¼r den Klà ger kein Anspruch aus der slowenischen Rentenversicherung bestehe, weil er weder berufs- noch erwerbsunfà hig sei. Dem Senat haben die Verwaltungsakten der Beklagten und die Prozessakte des Sozialgerichts NÃ ¼rnberg vorgelegen. Wegen weiterer Einzelheiten des Sachverhalts wird auf den gesamten Akteninhalt Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Die Berufung des Kl \tilde{A} x gers ist form- und fristgerecht eingelegt ($\frac{\hat{A}}{\hat{S}}\frac{\hat{A}}{\hat{S}}$ 143, 151 SGG) und auch im \tilde{A} x brigen zul \tilde{A} x ssig. Das Rechtsmittel des Kl \tilde{A} x gers erweist sich als nicht begr \tilde{A} x 4ndet.

Das Sozialgericht hat zutreffend entschieden, dass der Kläager nicht berufsunfänig im Sinne des <u>§ 43 SGB VI</u> ist. Der Kläger hat â∏∏ wie von ihm vorgetragen â∏∏ allein wegen des perforierten und im Juni 1996 operierten Magengeschwürs Rentenantrag gestellt. Bereits in den 1998 von dem Orthopäden Prof. Dr.Lu â∏¦ und dem Internisten und Sozialmediziner Dr.G â∏ erstellten Gutachten ist das gesundheitliche LeistungsvermĶgen des KlĤgers übereinstimmend dahin beurteilt worden, dass leichte bis mittelschwere Arbeiten ganztags zugemutet werden konnten. Der Allgemeinarzt Dr.V â∏ hat im Juli 1999 mitgeteilt, dass die Folgen des perforierten Magengeschwürs ausgeheilt seien. Beim Kläger hat also insgesamt eine weitere Stabilisierung seiner gesundheitlichen VerhÄxltnisse stattgefunden, die einer vollschichtigen Belastung mit mittelschweren TĤtigkeiten und damit einer zumutbaren BerufstÄxtigkeit nicht entgegensteht. Fļr den KlĤger kommen auch nach Auffassung des Senats ohne EinschrĤnkung die von der Beklagten und im Urteil des SG genannten VerweisungstÄxtigkeiten in Betracht. Darüber hinaus ist ihm auch die Tätigkeit eines einfachen Tagespförtners gesundheitlich und sozial zumutbar. Die hier anfallenden Anforderungen sind körperlich allenfalls leichter bis höchstens mittelschwerer Natur und können dem Kläger bei gegebener Umstellungsfähigkeit (vgl Gutachten Dr.G â∏!) ohne Weiteres zugemutet werden. Im ̸brigen hat der Kläger im Rentenantrag selbst angegeben, nach seiner EinschĤtzung noch als PfĶrtner oder im Sicherheitsdienst arbeiten zu können. Auch beim Arbeitsamt Nürnberg hat Dr.L â∏! in seinem Gutachten vom 20.02.1997 keine Bedenken gegen einen Arbeitseinsatz des Klägers als Montierer oder Pförtner erhoben.

Dem Sozialgericht ist im Ergebnis auch darin zuzustimmen, dass der KlĤger als angelernter Arbeiter des gehobenen Bereiches anzusehen ist. Der berufliche Werdegang des KlĤgers ist mit einer systematischen Lehrausbildung nach den

Bestimmungen des in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Berufsbildungsrechts nicht in Einklang zu bringen, weshalb das im SG-Verfahren vorgelegte Zeugnis der Bauberufsschule Maribor nicht dem üblichen Lehrabschluss entspricht. In der Bauwirtschaft muss dazu die dort geltende Stufenausbildung (vgl VO Ã1/4ber die Berufsausbildung in der Bauwirtschaft vom 08.05.1994 â∏ BGBI I S 1073 -) erfolgreich mit der zweiten Stufe, dh nach einer Regelausbildungszeit von 33 Monaten abgeschlossen worden sein. Der im früheren Jugoslawien erreichte Schulabschluss des Klägers als "Eisenfelchter" entspricht günstigstenfalls dem erfolgreichen Abschluss der 1. Stufe der vorgenannten Ausbildungsverordnung. Darüber hinaus ist für die in Slowenien erworbene Ausbildung des KlĤgers keine Gleichwertigkeitsfeststellung in Deutschland getroffen worden. In der Bundesrepublik hat der KIĤger nach mehrfacher Auskunft des Arbeitsgebers bzw des Insolvenzverwalters nur in einem Teilbereich des Fachberufs Betonbauer gearbeitet. Die tarifliche Einstufung in Lohngruppe IV/4 des Anhangs (Anlage 3) zum Bundesrahmentarifvertrag für das Baugewerbe in der Bundesrepublik Deutschland basiert zunĤchst auf der tariflichen Einstufung in die Berufsgruppe V ("Baufacharbeiter"). Die BeschĤftigung und eine ihr angemessene Entlohnung als "Betonstahlbieger und Betonstahlflechter" (Eisenbieger und Eisenflechter) rechtfertigt nicht die Gleichstellung mit einem "Facharbeiter" iS des Mehrstufenschemas. Nach den Definitionen des BRTV fýr das Baugewerbe fallen unter die Berufsgruppe V zunĤchst Arbeitnehmer (V/1), die ihre Berufsausbildung in Form der Stufenausbildung mit der ersten Stufe abgeschlossen haben (ein derartiger Nachweis liegt fýr den Kläger ebenfalls nicht vor) oder solche Arbeitnehmer (V/2), die eine "angelernte SpezialtAxtigkeit" ausA½ben und die besonderen Tätigkeitsmerkmale des ausgeübten Berufs erfüllen. Das sind im Falle des KIÃxgers die von der Berufsgruppe V 2.3 erfassten TÃxtigkeitsbereiche (Betonstahlbieger und -flechter). Die Ausļbung angelernter SpezialtÄxtigkeiten nach der Tarifgruppe V/2 entspricht bei weitem nicht dem Begriff des "Facharbeiters", wie er nach dem Berufsgruppenschema des BSG zu verstehen ist (BSG in SozR 2200 § 1246 Nr 138). Das gilt selbst dann, wenn solche SpezialtÃxtigkeiten in einer Art BewÃxhrungsaufstieg nach Ablauf bestimmter Wartezeiten zu einer tariflich hA¶heren Einstufung und Bezahlung fA¼hren (etwa in den Berufsgruppen IV 1 â∏ 3 â∏ gehobene Baufacharbeiter â∏ oder III â∏ Spezialbaufacharbeiter -). Eine derartige â∏ in der Praxis häufig (insbesondere in Zeiten überhitzter Baukonjunktur oder Facharbeitermangels) angetroffene â∏∏ Verfahrensweise der Tarifpartner hAxtte andernfalls die unkontrollierte Zubilligung des Berufsschutzes als "Facharbeiter" ohne die MA¶glichkeit zur fachlich gebotenen Abgrenzung gegenüber Arbeitnehmern mit einer wesentlich höheren fachlichen Qualifikation zur Folge. Solche Vorbehalte gegen die tarifliche Einstufung des KlĤgers bestehen vorliegend nicht. Nach der Auskunft des Insolvenzverwalters (über das Vermögen der Firma Betonstahl-Armierung E â∏¦ GmbH) vom 19.08.1999 erfolgten die Führung und Entlohnung des Klägers in Berufsgruppe IV/4. Diese erfasst Arbeitnehmer, die eine angelernte SpezialtÄxtigkeit gemÄxÄ∏ Berufsgruppe V/2 drei Jahre ausgeübt haben. Insoweit handelt es sich nicht um die HA¶herstufung aufgrund zusätzlich erworbener Qualifikationen, sondern um einen auf der Zeitschiene verlaufenden Bewänzungsaufstieg, der sich innerhalb einer an unverĤnderte Qualifikationsbedingungen geknüpften Tätigkeitsart

vollzieht. Die Einstufung des Kl \tilde{A} x gers nach Lohngruppe IV/4 weist also gerade nicht \tilde{A} 1 /4 ber die nach Berufsgruppe V/2 vorausgesetzten Qualifikationsanforderungen hinaus.

Ist der KlĤger demnach günstigstenfalls der Gruppe mit dem Leitberuf von Arbeitnehmern mit einem "sonstigen Ausbildungsberuf" zuzuordnen, so sind ihm gemäÃ∏ <u>§ 43 Abs 2 S 2 SGB VI</u> nicht nur Tätigkeiten aus diesem Qualifikationsbereich, sondern auch solche der nÄxchstniedrigeren Gruppe zumutbar, soweit sie ihm weder nach seinem beruflichen KA¶nnen und Wissen noch bezüglich seiner gesundheitlichen KrÃxfte überfordern. Ob er lediglich dem unteren Bereich der "Anlerngruppe" angehĶrt oder ob die von ihm tatsĤchlich erreichte Qualifikation einer Anlernzeit von mindestens einem Jahr entspricht und deshalb die Einstufung in den oberen Bereich dieser Berufsgruppe rechtfertigt (vgl BSG in SozR 2200 Nr 109 zu <u>§ 1246 RVO</u>; zwar nennt der Arbeitgeber in der dem SG erteilten Auskunft vom 12.02.1998 lediglich eine Anlernzeit von 2 â∏ 3 Monaten, daraus wird aber nicht klar, ob die Vorkenntnisse des KlAzgers aus der in Slowenien durchlaufenen Ausbildung einbezogen wurden), kann letztlich auf sich beruhen; denn auch im letzteren Falle kann der KlÄger zumutbar auf TÄgtigkeiten des allgemeinen Arbeitsmarktes verwiesen werden, ausgenommen solche einfachster Art oder ganz untergeordneter Bedeutung. Diesen Anforderungen entspricht beispielsweise die bereits im Zusammenhang mit der gesundheitlichen LeistungsfĤhigkeit des KlĤgers bezeichnete TĤtigkeit eines (einfachen) Pförtners (vgl BSG, Urteil vom 13.07.1988 â∏∏ <u>5/4 a RI 19/87</u> -).

Beim Kläger liegen somit die Voraussetzungen des allein noch streitigen Anspruchs auf Rente wegen Berufsunfähigkeit nicht vor. Seine Berufung gegen das Urteil des SG Nürnberg war deshalb zurückzuweisen.

Auà ergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten, § 193 SGG.

 $Gr\tilde{A}^{1}/_{4}$ nde $f\tilde{A}^{1}/_{4}$ r die Zulassung der Revision nach \hat{A} § 160 Abs 2 Nrn 1 und 2 SGG liegen nicht vor.

Erstellt am: 15.10.2003

Zuletzt verändert am: 22.12.2024